

## Marktversorgung und Großbank.

Wien, am 11. Februar.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist gestern vom Regierungstische aus eine sehr bemerkenswerte Äußerung gefallen. Nachdem der Abgeordnete Szmejszani gegen die Lebensmittelgeschäfte der Großbanken und gegen die Errichtung einer angeblich in Ungarn geplanten Lebensmittelzentrale als gewinnbringendes Monopolunternehmen einer Großbank sehr entschiedene Stellung genommen hatte, erhob sich Ministerpräsident Graf Tisza zu einer Erklärung, in der er sagte: „Der Standpunkt der Regierung ist der, daß sie eine Zentrale, welche behufs Deckung von Verproviantierungsmitteln und allgemeinen Bedarfsartikeln mit der Regierung in ein engeres Verhältnis gelangt, auf keiner anderen als altruistischen Basis zu errichten wünsche. Deshalb hat sie sich auch nicht in Verhandlungen eingelassen, welche die Rolle einer Aktiengesellschaft in dieser Richtung betreffen.“ — Die ungarische Regierung hat also die Errichtung eines Lebensmittelverkehrsmonopols zugunsten einer Großbank bestimmt abgelehnt und den Verzicht auf Eigengewinn, die Gemeinnützigkeit als die Grundlage jeder derartigen Organisation bezeichnet.

Wir stehen heute vor der Frage, ob wir in Oesterreich denselben Grundsatz anwenden wollen oder nicht, freilich in einem schon weitaus fortgeschrittenen Abschnitt der Entwicklung. Als sich nach den ersten Kriegsmonaten die Wirkung der von unseren Feinden betriebenen Absperrungspolitik stärker geltend machte und die Marktversorgung in einzelnen Artikeln des täglichen Bedarfes aus den vorhandenen Vorräten nicht mehr ohne weiteres bestritten werden konnte, entwickelte sich unter dem Einflusse der steigenden Preise ein schwunghafter Importhandel aus dem neutralen Ausland. Die Einfuhr von Marktversorgungsartikeln bot der legitimen kaufmännischen und auch der illegitimen Agententätigkeit lebhaften Anreiz und ein breites Betätigungsfeld. Die Folge war, daß alsbald die uns offenstehenden ausländischen Märkte mit einer Fülle von Kaufangeboten aus Oesterreich überschwemmt wurden. Die gänzlich ungeordnete Tätigkeit zahlreicher Einkäufer, die bald diesen, bald jenen Artikel scharf betrieben und einander überboten, rief auf den Auslandsmärkten oft die stürmischsten Preissteigerungen hervor. Die zur Einfuhr gelangenden Waren wurden dieserart häufig in ganz grundloser Weise empfindlich verteuert und es wurden auf Kosten der Konsumenten Zwischengewinne erzielt, die ins Fabelhafte gingen. Auch kamen so sehr häufig Waren zur Einfuhr, die ohne jede Not ruhig hätten draußen bleiben können, da sie nicht dem Nahrungsbedürfnisse, sondern dem Nahrungsluxus dienten. Die Nebenwirkungen dieser ganz unregelmäßigen Einfuhr und Einkaufstätigkeit auf die Währung waren betrüblich.

Als daher im Herbst 1915 der Gedanke auftauchte, die bis dahin ziemlich regellose Einfuhr Tätigkeit für den Marktversorgungsbedarf zu zentralisieren und unter staatliche Aufsicht zu stellen, konnte man diesem Plane nur lebhaft beipflichten. Es war zwar klar, daß eine solche Vereinheitlichung der Einfuhr auch für den ausländischen Handel manche Verdienstmöglichkeit abschneiden würde, aber die in Betracht kommenden öffentlichen Interessen waren so groß und einleuchtend, daß auch von jenen Firmen, die in ziemlich empfindlicher Weise getroffen oder mindestens in ihrer geschäftlichen Tätigkeit behindert werden sollten, unseres Wissens kein Widerspruch laut wurde. Man nahm an, es würde nach dem Muster der schon bestehenden Kriegs-Rohstoffgesellschaften eine neue derartige Kriegsgesellschaft auf gemeinnütziger Grundlage und unter durchgreifender Regierungskontrolle gebildet und die Marktversorgungs-einfuhr derart unter Mitwirkung erstklassiger Sachleute zentralisiert werden.